



**Fraktion DIE LINKE  
Regionalversammlung Stuttgart**

linke@region-stuttgart.org  
www.die-linke-vrs.de

16.02.2016

## **Pressemitteilung: DIE LINKE kämpft gegen neue VVS- Tarifierhöhung zum 1.1.2017**

*Mit inhaltlich und zeitlich abgestimmten Anträgen fordert DIE LINKE in der Region die Aufsichtsratsmitglieder des VVS dazu auf, eine weitere VVS-Tarifierhöhung zum 1. Januar 2017 abzulehnen.*

Auch Anfang 2017 droht sie wieder - die alljährliche Erhöhung der Ticketpreise im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS). Zwischen 2006 und 2016 erhöhten sich die Preise im VVS-Tarif um annähernd 32%, oder durchschnittlich 2,9% pro Jahr, und liegen damit deutlich über der allgemeinen Reallohn- und Preisentwicklung.

Mag die Tarifierhöhung zum Jahresanfang auch so unausweichlich scheinen wie die Fronabgaben für mittelalterliche Bauern, sie ist keineswegs alternativlos. Die LINKE in der Region Stuttgart ergreift daher frühzeitig die Initiative, um in einer gemeinsamen Aktion der Kreistagsfraktionen, im Stuttgarter Gemeinderat und in der Regionalversammlung Stuttgart die verantwortlichen Aufsichtsratsmitglieder des VVS aufzufordern, gegen eine weitere Preiserhöhung zum 1. Januar 2017 zu stimmen. Nachgewiesene Kostensteigerungen der Verkehrsunternehmen sollen stattdessen aus öffentlichen Mitteln erstattet werden, wobei Zusatzeinnahmen aus Fahrgastzuwächsen anzurechnen sind.

### **Finanzierung und Vorgehen**

Im Jahr 2014 wurden 59,2% der Kosten des VVS durch Fahrgeldeinnahmen erwirtschaftet. Seit 2005 (53,6%) hat sich der Fahrgast-Beitrag durch Preiserhöhungen über der Inflationsrate stetig erhöht. Die restlichen 40% der Kosten werden durch öffentliche Finanzströme aus bis zu 30 verschiedenen Quellen abgedeckt, größtenteils jedoch ohne Inflationsausgleich.

Häufig wird der Eindruck erweckt, die ÖPNV-Unternehmen würden die Preiserhöhungen durch die von ihnen ermittelten jährlichen Kostensteigerungen (z. B. für Personal und Energie) quasi vorgeben. Die Entscheidung darüber, ob die Zusatzkosten auf die Fahrpreise umgelegt oder aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden, liegt jedoch allein beim Verband Region Stuttgart, dem Stuttgarter Gemeinderat und bei den Kreistagen in der Region und deren Vertretern im Aufsichtsrat des VVS.

Gemäß VVS-Vertrag können Kreise, Stadt und Region Stuttgart als Aufgabenträger mehrheitlich der Tarifanpassung widersprechen und eine geringere prozentuale Anpassung festlegen, wenn sie bereit sind, die sich hieraus ergebenden Einnahmeausfälle für alle Unternehmen auszugleichen.

## **Gründe gegen weitere Fahrpreiserhöhungen**

Im S-Bahn-Verkehr mit seinen eklatanten Qualitätsmängeln, täglichen Störungen, Verspätungen und Zugausfällen ist eine weitere Preiserhöhung nicht zu rechtfertigen. Die Region als Aufgabenträger ist der Deutschen Bahn hier wegen nachteiliger Verträge hilflos ausgeliefert, und die alljährlichen „S-Bahn-Gipfel“ produzieren nichts als heiße Luft und leere Versprechungen.

Außerhalb der Ballungsräume prägt ein Busverkehr mit unzureichendem Takt, schlechten Anschlüssen, unübersichtlichen Linienverläufen und ohne Betrieb abends und am Wochenende das Gesicht des VVS. Verantwortlich dafür sind Kreise und Gemeinden. Bezahlt allerdings werden „Großstadtpreise“, die durch nichts gerechtfertigt sind.

Eine weitere Fahrpreiserhöhung würde weder bei ÖPNV-Nutzern noch bei potentiellen Neukunden auf Verständnis stoßen und von der Nutzung des VVS abschrecken.

Dazu kommt, dass der kontinuierliche Preisanstieg im VVS immer mehr Menschen in der Region vom Zugang zum ÖPNV abschneidet. VVS-Tarife sind unbezahlbar für viele Geringverdiener und Arbeitssuchende. Die Schere zwischen Gutverdienern und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen öffnet sich auch in der Region Stuttgart immer weiter. Selbst einkommensstarke Großunternehmen in der Region setzen mit Leiharbeit und Werkverträgen auf Billigarbeitskräfte. So stieg auch in Baden-Württemberg die durchschnittliche Armutsgefährdung von 13 Prozent (2007) auf 14,7 Prozent (2012). Frage ist hier nicht, ob der VVS trotz Tariferhöhungen günstiger ist als ein eigener PKW, sondern ob der VVS für diejenigen bezahlbar ist, die sich keinen PKW leisten können.

Auch angesichts der anhaltenden Feinstaubkrise, in der das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart mit ihrem Feinstaub-Konzept auf eine Verlagerung von 20% Autoverkehr - dem größten Feinstaub-Verursacher - auf umweltverträglichere Verkehrsmittel wie den ÖPNV setzen, wäre eine weitere Preiserhöhung im VVS mehr als kontraproduktiv.

## **Zielsetzungen der LINKEN im ÖPNV**

DIE LINKE engagiert sich in Region, Kreisen und Gemeinden für einen attraktiven, qualitativ hochwertigen und umweltfreundlichen ÖPNV. Ziel ist es, die Nutzung von Bus und Bahn aktiv zu fördern um Feinstaub, Umweltverschmutzung, Lärm und Stau ein Ende zu machen. Ziel ist ebenfalls, allen ÖPNV-Nutzern und Interessenten bezahlbare und barrierefreie Mobilität zu ermöglichen - auf dem Land ebenso wie in den Metropolzentren. Ein attraktives Angebot fördert die Nachfrage, und damit die Einnahmen der Verkehrsunternehmen. Auch die Vereinfachung des unübersichtlichen und unfairen VVS-Tarifsystems ist in diesem Zusammenhang dringend geboten. Langfristig setzt sich DIE LINKE auf Landes- und Bundesebene für die Einführung neuer Finanzierungsmodelle im ÖPNV und letztendlich für einen fahrscheinlosen Nahverkehr ein.

Durch den Verzicht auf teure, umweltschädliche und flächenfressende Straßen- und Verkehrsbauprojekte könnten hier Finanzmittel für den Ausbau des ÖPNV und den Ausgleich von Kostensteigerungen freigestellt werden, die für Mensch und Umwelt in der Region echte Verbesserungen bringen.